

Die Demontage des Sozialstaates wird fortgesetzt

Die Koalition der Versager

Nach monatelangem Spektakel und parteipolitischem Gezänk haben Regierung und Opposition Steuersenkungen und „Arbeitsmarktreformen“ im Bundestag und im Bundesrat durchgesetzt. Die Parteivorsitzenden und ihre Claqueure feierten sich selbst und „eine der wichtigsten und umfassendsten Reformen in der deutschen Geschichte“ (Gerhard Schröder). – Was für eine Anmaßung!

Nun soll der wirtschaftliche Aufschwung kommen. Arbeitslose müssen künftig auch untertariflich bezahlte Arbeitsangebote annehmen und schaffen damit als Lohndrücker den Einstieg in einen Niedriglohnbereich. In vielen Fällen laufen die Beschäftigten damit Gefahr, gegen billigere Langzeitarbeitslose ausgetauscht zu werden. Der erpresserische Druck von Geschäftsleitungen auf Belegschaften und Betriebsräte wird weiter zunehmen. Zusätzliche Arbeitsplätze werden nicht geschaffen, auch nicht durch die Neuregelung des Kündigungsschutzes, wie die Erfahrungen mit der Kohl-Regierung gezeigt haben. Die Einsparungen bei den Lohnkosten werden die Kaufkraft der Arbeitnehmer/innen weiter schwächen, die Nachfrage auf dem Binnenmarkt absenken und damit zur weiteren Drosselung der Produktion führen.

Die Gesetze zum Sozialabbau schaden den abhängig Beschäftigten und den Arbeitslosen. Die Steuersenkungspolitik nutzt im Wesentlichen den Kapitalbesitzern. Aber den Propagandisten der Renditejäger geht das alles sowieso nicht weit genug. Für die Neoliberalen ist der Kampf um die Befreiung von sozialen und staatlichen Fesseln keineswegs beendet; er hat vielmehr erst richtig begonnen. „Der Druck bleibt im Kessel“, meint zum Thema Tarifautonomie z.B. der Chefdemagoge der Klientelpartei der Besserverdienenden. Die Mehrheit des Volkes besitzt gegenwärtig im Bundestag keine Mehrheit mehr.

Keine Alternative zum Neoliberalismus?

Die Wirtschaftspolitik von CDU/CSU, FDP und Rot-Grün hat seit vielen Jahren eine ständig steigende Massenarbeitslosigkeit zugelassen. Zur gegenwärtig herrschenden Ideologie des Neoliberalismus wurde kein Gegenmodell entwickelt. Die Behauptung, es gäbe keine Alternative zur Globalisierung, ist nichts anderes als eine Einschüchterungskampagne der Profiteure der Verhältnisse. Während der Vorherrschaft des Neoliberalismus haben sich die Verteilungsverhältnisse weltweit verschlechtert. Das Verhältnis der Pro-Kopf-Einkommen zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung hat sich von 1:30 im Jahre 1960 auf 1:74 im Jahre 1998 verschlechtert. Die Hälfte der Menschheit muss mit weniger als zwei Dollar pro Person täglich auskommen. Und daran soll die Politik nichts ändern können?

Es geht längst nicht mehr um eine der üblichen Krisen im Kapitalismus, um eine vorübergehende Wachstums- und Beschäftigungsschwäche. Es handelt sich vielmehr um einen lang anhaltenden Wachstumseinbruch, der bereits Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts entstanden und bis heute nicht überwunden ist. Die meisten kapitalistischen Länder befinden sich seitdem in einem Zustand der Stagnation. Die Produktionspotenziale werden nicht mehr ausgeschöpft, und die Massenarbeitslosigkeit hält sich auf hohem Niveau. Trotz zahlreicher Steuersenkungen für Unternehmen und immer neuen Sozialabbaus bleibt das wirtschaftliche Wachstum schwach, und die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung liegt in der Dominanz der Finanzmärkte gegenüber den Realwirtschaften. 90 bis 95 Prozent von weit über einer Billion US-Dollar, die täglich an den Devisenmärkten umgesetzt werden, entfallen auf reine Spekulationsgeschäfte. Die Umsätze, die auf die Realwirtschaft entfallen, liegen bei weit unter 10 Prozent. Vergleichsweise nur

noch selten wird in die reale Wirtschaft und damit in die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen investiert. Deshalb entsteht kaum wirtschaftliches Wachstum.

Die Herrschaft der Profiteure

Die Verbesserung der Profitraten durch Spekulationsgeschäfte erhöht den starken Druck auf die Realwirtschaft, die Kosten zu senken, um eine ähnliche Wertschöpfung zu erreichen. Gleichzeitig wird der Druck auf die nationalen Regierungen verstärkt, bessere Voraussetzungen für Steigerungen des Profits zu schaffen. Druckmittel ist vor allem die Drohung, Kapital in andere Länder abziehen. Durch Standortkonkurrenz und Standorterpressung wird ein Wettbewerb der Volkswirtschaften um Steuersenkungen, Sozialabbau, Lohnkostensenkung, Einschränkung von Arbeitnehmerrechten und verschärfte Umverteilung von unten nach oben provoziert. Und schließlich entziehen sich viele Besitzer großer Vermögen der Sozialpflichtigkeit ihres Eigentums durch Steuerflucht, indem sie die Globalisierung der Wirtschaft und des Finanzsektors für ihre Geschäfte nutzen. Damit nicht genug. Die großen Vermögensbesitzer verdienen auch noch an der Verschuldung des Staates. Weniger Steuereinnahmen haben den Staat zur verstärkten Kreditaufnahme gezwungen. Mehr als 25 Prozent der Steuereinnahmen gehen in den Schuldendienst. Und den größten Teil seiner Schulden zahlt der Staat an die Privatwirtschaft. Gibt es ein perverseres System der Ausbeutung?

Alle diese Eigenarten der neoliberalistischen Globalisierung sind erst durch die Politik ermöglicht und unterstützt worden. Was den Menschen als Reformen verkauft wird, ist nichts anderes als die Unterwerfung der Schwachen durch die Starken. Daran wird sich nichts ändern, wenn weiterhin der Mut zum Politikwechsel fehlt.

Gibt es einen Ausweg?

Die Hoffnung, dass wirtschaftliches Wachstum zu mehr Beschäftigung mit ausreichendem Einkommen führen wird, ist weltweit längst widerlegt. Der Mythos der Wachstumsraten zur Lösung der ökonomischen Probleme wird nur noch von den Neoliberalen propagiert, wenn auch in völlig unglaubwürdiger Weise. Bereits seit Jahrzehnten gibt es die bittere Erfahrung, dass selbst bei hohen Wachstumsraten die Anzahl der Arbeitsplätze stagniert. *Jobless growth*, Wachstum ohne Arbeitsplätze, ist in fast allen Ländern zu erkennen. Aber die Wichtigtuer der „Volksparteien“ in unserem Land versprechen immer noch mehr Beschäftigung. Notwendig wäre eine spürbare Verkürzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit, damit die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt werden kann. Propagiert wird aber genau das Gegenteil, nämlich die Verlängerung der Arbeitszeiten, damit die Lohnkosten zur Förderung der Renditen „aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ gesenkt werden können.

Der Neoliberalismus und seine Akteure profitieren aber auch von der Schwäche der Gewerkschaften. Sie haben sich teilweise einbinden lassen in Kompromisse, die sie bekämpfen müssten. Wie entrinnen sie dieser scheinbaren Komplizenschaft? Die Gewerkschaften können nur gewinnen, wenn sie unmissverständlich als Gegenmacht handeln. Der unverzichtbare Kampf gegen den Neoliberalismus muss ein internationaler Kampf sein. Nur die Internationalität des gewerkschaftlichen Kampfes kann der viel zitierten Globalisierung wirksam etwas entgegen setzen. Es mangelt bislang besonders an der konkreten Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften für eine sozialstaatliche Erneuerung der Europäischen Union. Bündnisse von Gewerkschaften, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen müssten nun endlich über die bisherigen zaghafte Ansätze einer Kooperation hinauskommen; sie müssten für eine stärkere Aufklärung über die Hintergründe und Absichten der offiziellen Politik sorgen; und sie müssten mit Aktionen die Regierung und Opposition unter Druck setzen. Es ist für die Gewerkschaften völlig sinnlos, Verbündete für ihren Kampf unter solchen Parteien zu suchen, die das geringste Übel darstellen. Die Gewerkschaften werden immer Verlierer sein, wenn sie ihre Autonomie und Souveränität nicht nutzen. Ihr Ziel muss zunächst einmal

sein, menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen gegen die herrschende Profitwirtschaft durchzusetzen. Daran führt bei Strafe ihres Untergangs kein Weg vorbei.

Franz Kersjes (*Dezember 2003*)